

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Mitteilungsbeilage angegeben. Redaktion: SW. 66, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstagszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282 - 297

## Streikbeschluss der Straßenbahner.

### Morgen Festsetzung des Streikbeginns.

Das vollständige Ergebnis der Abstimmung der Straßenbahner liegt nunmehr vor. Von 13 030 Beschäftigten haben sich 11 867 an der Abstimmung beteiligt. Da von den Beschäftigten die Kranken und Urlauber abzuziehen sind, haben sich die Straßenbahner also fast restlos an der Abstimmung beteiligt. Von den 11 867 Stimmen lauteten 11 178 für Streik, 663 für Arbeit, 38 waren ungültig.

Somit ist die Dreiviertelmehrheit nicht nur erreicht, sondern noch ganz erheblich überschritten worden. Man kann sagen, daß die Streikmehrheit — wenn man die Kranken und Urlauber in Rechnung stellt — über 90 Prozent beträgt.

Morgen abend treten die Funktionäre der Straßenbahner zusammen, um die letzten Vorbereitungen für den

Streik zu treffen. Auch der Zeitpunkt für den Streikbeginn wird von den Funktionären festgesetzt werden. Es kann sich dabei aber nur um eine kurze Spanne von etwa 24 bis höchstens 36 Stunden handeln. Somit ist damit zu rechnen, daß ab Freitag, spätestens Sonnabend die Straßenbahn zum Stillstand kommt. Denn auch die paar hundert, die für Annahme des Vergleichsvorschlages gestimmt haben, dürften sich dem Streik anschließen. Der Streik wird mit seltener Einheitslichkeit geführt werden.

### Der Schlichter greift ein.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, hat der Schlichter die Parteien zu einem letzten Einigungsversuch zu morgen mittag geladen. Dadurch würden die Funktionäre Gelegenheit haben, eventuell zu der neuen Situation Stellung zu nehmen — vorausgesetzt, die Verhandlungen führen zu einem neuen Ergebnis.

## Aufstieg der Sozialdemokratie.

### Die Kommunalwahlen im Unterelbegebiet und ihre Lehren. — Erste Probe für das Jahr 1928.

Von H. Pöhlmeier.

Mit begreiflicher Spannung hat man in Preußen und im Reich dem Ausfall der Wahlen im Unterelbegebiet entgegengeesehen. Alle Parteien erblickten in ihnen eine Probe auf das Jahr 1928, das die großen Entscheidungen in der Zusammenfassung der Volksvertretungen bringen wird. Die Sozialdemokratie hat den Kampf mit einem Sieg für sich beendet. Der Ausgang des wochenlangen Ringens an der Elbemündung wird auf die Wahl zur Bürgerchaft in Hamburg am 9. Oktober und auf die nächstjährigen Wahlen zum Preussischen Landtag und Deutschen Reichstag von starkem Einfluß sein.

Der Wahlkampf selbst ist in den Städten Altona, Harburg-Wilhelmsburg, Wandsbek und Volkstedt, wo auf Grund des vom Preussischen Landtage am 29. Juni beschlossenen Gesetzes über die Neuregelung der kommunalen Grenzen im Unterelbegebiet die Stadtverordnetenkollegien frisch gewählt wurden, und im Kreise Pinneberg, wo aus dem gleichen Grunde ein neuer Kreistag zu bilden war, mit größter Schärfe geführt worden. Alle Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, richteten ihre ganze Stoßkraft gegen die Sozialdemokratie. Allerdings war das Bürgertum, besonders in den Großstädten Altona und Wilhelmsburg, völlig zerplittert. In seinen Reihen hat sich die unselbige Reichspolitik der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei bereits gründlich ausgewirkt. In Altona gab es 13 Listen, darunter 10 bürgerliche und 2 kommunistische (linke SPD. und Rosaauer Richtung); in Harburg-Wilhelmsburg standen neben der sozialdemokratischen und kommunistischen Liste 8 bürgerliche Wahlvorschläge. Die tiefsten Ursachen des Auseinanderfallens des Bürgertums gehen aus der Benennung der Listen am deutlichsten hervor. Es sind in erster Linie die verschiedenen Wirtschaftsgruppen des sogenannten Mittelstandes, die als neue Bewerber um Stadtverordnetenmandate auftauchen. Von ihnen seien genannt: „Deutschtum und Vaterland“, „Zentralausschuß der kommunalen Vereine“, „Aufwertungspartei, Mittelstandspartei (Altona), Haus- und Grundbesitzer, Mieter und Aufwarter, Handwerk, Handel und Gewerbe, Unpolitische Liste (Harburg-Wilhelmsburg), „Bund für Volkswohl und Recht“ (Wandsbek), Vaterland, Eigenheim, Beamte, Baumschulen (Kreis Pinneberg). Alle diese Splittergruppen erlitten, sofern sie früher schon bestanden, schwere Niederlagen. So ging z. B. die Mieterliste in Harburg und Wilhelmsburg von insgesamt 11 Sitzen auf einen zurück. Die neuen Sondergruppen erzielten gleichfalls keine bemerkenswerten Erfolge oder sie erhielten gar kein Mandat. In Harburg-Wilhelmsburg, Wandsbek und Volkstedt hatten sich Deutschnationale und Deutsche Volkspartei verbündet; im Kreise Pinneberg tauchten sie gar nicht auf und in Altona litten sie erheblich unter der starken Zerplitterung. Sie brachten es in Harburg-Wilhelmsburg nur noch auf 7 Sitze gegenüber 19, die sie 1924 in den Vertretungen beider Städte gemeinsam besaßen. In dem Uebergangsstadium waren ihnen nach der Vereinigung in Gemeinschaft mit dem übrigen bürgerlichen Wirtschaft 16 Sitze zugebilligt worden.

Es ist im Hinblick auf die Ein- und Umgebindungen die Verschiebung in den Wählerziffern und die erfolgte Verstärkung der Wählerschaft selbstverständlich sehr schwer, Vergleiche mit den Gemeindevahlen vom Jahre 1924 zu ziehen. Aber an einigen besonderen Zusammenstellungen kann doch der große Fortschritt der Sozialdemokratie ersichtlich gemacht werden. Im Jahre 1924 (vor der Vereinigung) entfielen auf die Sozialdemokratie in Harburg und Wilhelmsburg zusammen 17 498 Stimmen. Sämtliche Gegner mit Einschluß der Kommunisten vereinigten auf sich 31 598 Stimmen. Bei 46 080 Wählern, die ihre Stimme abgaben, entfielen demnach 38 Proz. auf unsere Partei und 13 Proz. auf die SPD. Ganz anders dagegen steht das Bild aus, das die Wahlen vom 25. September 1927 ergaben. Durch sie errang die Sozialdemokratie 24 136 Stimmen in beiden Städten. Sämtliche Gegner brachten es zusätzlich SPD. nur noch auf 29 051 Stimmen. Während die Differenz zwischen unseren Bekämpfern und unserer Partei 1924 noch 14 100 Wähler betrug, schrumpfte sie 1927 auf 4915 zusammen. Die Sozialdemokratie erzielte 44 Proz. aller Stimmen, die Kommunisten brachten es auf rund 17 Proz. Dabei kam ihnen lediglich der Verteilungsschlüssel zugute, denn ihr gesamter Stimmenzuwachs betrug in Harburg und Wilhelmsburg zusammen bei dieser Wahl gegenüber Mai 1924 nur 525 Wähler, wir konnten dagegen 6648 Stimmen mehr buchen. Wehnlich gestaltet sich das Verhältnis in Altona, wo die SPD. 1924 ohne Berücksichtigung der Eingemeindungen 29 598 Stimmen mit 18 Stadtverordneten erhielt. Am 25. September 1927, also nach den Eingemeindungen, gaben 43 026 Wähler ihre Stimme für uns ab, und wir erhielten 26 Mandate. Die Kommunisten bekamen 1924 ohne Berücksichtigung der Eingemeindung 17 273 Stimmen mit 10 Mandaten; sie konnten jetzt nach der Zusammenlegung aber nur 18 537 Wählerstimmen erringen, wodurch sie ein Mandat mehr bekamen. Ihre Zunahme ist danach lediglich ein natürliches Ergebnis der Eingemeindung, dagegen tritt bei der Sozial-

## Die Handelsvertrag-Sabotage.

### Rauscher erhält aus Berlin keine Instruktionen.

Warschau, 28. September. (Eigenbericht.)

Die Presse meldet übereinstimmend, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen über einen Handelsvertrag auf einem toten Punkt angelangt seien. Die Besprechungen, die der deutsche Gesandte Rauscher das eine Mal mit den Stellvertretern des erkrankten Außenministers und das andere Mal mit dem Direktor des polnischen Departements führte, trügen lediglich allgemeinen Charakter, dazu anzunehmen sei, daß der Gesandte keinerlei neue Instruktionen aus Berlin erhalten habe.

Ueber diese Meldung ist an den Berliner Regierungsstellen eine sachliche Äußerung vorläufig nicht zu erlangen. Ebenfalls wenig ist in Erfahrung zu bringen, ob und wann die Reichsregierung über neue Instruktionen für den Gesandten in Warschau beschließen werde. Man erklärt lediglich, daß ein günstiges Fortschreiten der deutsch-polnischen Verhandlungen auch dadurch beeinträchtigt worden sei, daß es zu der erwünschten und angekündigten Zusammenkunft der beiden Außenminister in Genf nicht gekommen ist. Der polnische Außenminister Jaleski war bei Beginn der Völkerbundstagung krank und ist auch bis zu ihrem Schluß nicht in Genf eingetroffen.

Aber sollte es denn wirklich nicht vielmehr als auf Herrn Stresemann auf Herrn Schiele, dem deutschnationalen Ernährungsminister, bei diesen Vertragsverhandlungen ankommen, deren günstiger Erfolg dem deutschen Volke billigere Lebensmittel verschaffen würde?!

## Der Terror in Litauen.

### Das „Plebizit“ der Faschisten.

Aus Cydikuhnen an der ostpreussisch-litauischen Grenze erhalten wir von einem geflüchteten litauischen Sozialdemokraten nachstehenden Bericht.

Die litauische Regierung hat beschlossen, im Oktober das geplante „Plebizit“ durchzuführen. Sie hat verfassungswidrig allen Bürgern von 20 bis 24 Jahren das Wahlrecht geraubt. Dadurch werden 150 000 wahlberechtigte Bürger von der Wahl ausgeschlossen. Das „Plebizit“ soll nicht geheim, sondern unter polizeilicher Aufsicht vorgenommen werden. Stimmabgabe soll gleichzeitig die Bestätigung Smetonas als Präsidenten für die Dauer von sieben Jahren bedeuten. Alle politischen Parteien, wie die Christlichen Demokraten, die Partei der Volkswirte, Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Minderheiten haben beschlossen, das „Plebizit“ zu boykottieren. Es wird sich daran nur die Regierungspartei, die „Lautinkai“, beteiligen. Auf der letzten Konferenz der Kreishauptmänner und der Kommandanten hat der Innenminister Rusteikis befohlen, das Referendum nötigenfalls brutal durchzuführen. Im Zusammenhang damit wurden schon 1500 oppositionell gesinnte Personen in Haft gesetzt, hauptsächlich Sozialdemokraten. Diese Tat begründet die Regierung damit, daß die Verhafteten am Vorschlag von Tauraggen mitschuldig seien. Infolgedessen wurden viele Sozialdemokraten gezwungen, das Land geheim zu verlassen, darunter einer der Führer der Sozialdemokratischen Partei, Genosse Pleškaitis, der vermisst wird. Es wird berichtet, daß der Genosse Pleškaitis durch die politische Polizei ermordet wurde. Der Terror in Litauen steht in größter Blüte. Es werden sogar einige Arbeiter verfolgt, deren „Schuld“ allein darin besteht, daß sie an dem Bankett, das zu Ehren Albert Thomas veranstaltet wurde, teilgenommen haben. Fast alle Fachverbände sind aufgelöst.

## Horthys Kriegsruf.

### „Seid sprungbereit!“

In Gödöllö, wo Franz Joseph oft in seinem Lustschloß weilte, sind zwei Fahnen des Reichsoverbundes der Leventis-Gruppen und der Pfadfinder eingeweicht. Dies sind die jugendlichen Sturmtruppen der Reaktion, die militärisch organisiert sind und, mit den besten Waffen feldmäßig ausgerüstet, durch Offiziere der Horthy-Armee militärisch ausgebildet werden. Die

Heranziehung zum Dienste in diesen Verbänden geschieht zwangsweise durch die Gendarmerie, Verweigerung des Dienstes wird als Verweigerung des militärischen Gehorsams geahndet.

Zur Fahnenweihe erschien u. a. Horthy sowie Albrecht Habsburg, der Oberbefehlshaber aller dieser Organisationen, weiter der stellvertretende Ministerpräsident, Prälät Dr. Bass, und zahlreiche Politiker. Nach einer Feldmesse übergab Horthy die Fahnen an die Kommandanten beider Organisationen.

Er hielt eine kurze Rede, die mit stürmischer Begeisterung aufgenommen wurde. Horthy sagte nur:

„Euch brauche ich nicht näher auseinanderzusetzen, was die Aufgabe aller anständigen Magyaren ist. Ihr habt Euer warmes Herzblut dem Vaterlande verschrieben. Bereitet Euch vor! Seid sprungbereit! Denn in der nahen Zukunft hat Euer eine große Rolle!“

Die ungarischen Kriegsrüstungen samt der allgemeinen Leventis-Pflicht sind mit stiller Duldung der Ententemächte, besonders Englands und Italiens, eingeleitet und fortentwickelt worden. Für das konservative Regime Englands spricht die Kampagne Rothermers auf Wiedergabe der Slowakei und Karpathoruhlands an Ungarn; auch in Warschau hätte man gern eine Grenze mit Ungarn und gönnte der Tschekoslowakei herzlich gern eine starke Verkleinerung — was man aber in Warschau möchte, hat auch Fürsprecher in Paris. Und Italien braucht einen waffenfähigen Verbündeten in der Flanke Südbalkans, das die Ostküste der Adria besitzt und ihm den Weg auf den Ostbalkan verlegt.

## Ein früheres Rüstungsangebot Frankreichs.

Budapest, 28. September.

Das legitimistische Organ „Magyarhíradó“ bringt in großer Aufmachung auf der ersten Seite eine Note der französischen Regierung vom 15. April 1920, gezeichnet von dem gewesenen Botschafter in Moskau, Maurice Paléologue. In dieser Note macht die französische Regierung durch die Vermittlung Paléologues, der 1920 Generalsekretär im französischen Außenministerium war, der ungarischen Regierung den Vorschlag, Ungarn solle eine aus 100 000 Mann bestehende Armee schaffen, damit sie dann durch Karpathoruhland Polen zu Hilfe eile, welches Land damals von der russischen Offensiv bedroht war, und zwar gegen eine Reihe von der in der Note genau ausgeführten politischen und wirtschaftlichen Zugeständnissen. Der „Magyarhíradó“ bemerkt zu dieser Note, der damalige Ministerpräsident Simonyi-Semadani habe die Beschlußfassung über diese französische Note ständig hinausgeschoben, bis dann der französische General Weygand die polnische Armee reorganisiert und die Russen aus Polen verjagt habe, worauf die französische Regierung ihr Angebot zurückgezogen habe.

## Kämpfe in Südkina.

### Erfolgreiche Verteidigung der Stadt Yünnansu.

London, 28. September.

In der Provinz Yünnan (im Süden, gegen Französisch-Tonking) kam es zu blutigen Kämpfen um den Besitz der Hauptstadt Yünnansu, die General Sing-Yin, angeblich ein Anhänger der Kuomintang, verteidigt. Gegen ihn marschiert nach Eroberung von Tschienkong, das etwa 12 Meilen von Yünnansu liegt, der General Tangshih. Die Anhänger der Kuomintang mußten nach der Hauptstadt zurückweichen, auf die zwei Tage vergeblich Sturm gelaufen wurde. Die Bürger verteidigten die Stadt von den Festungswällen herab mit Felsblöcken und flüssig gemachten Blei. Wie die „Chicago Tribune“ meldet, mußten die Angreifer unter Zurücklassung von 300 Toten zurückgehen.

## Kommunistenrazzia in Japan.

Tokio, 28. September.

In Yokohama ist bei zahlreichen Kommunisten gehausucht worden. Außerdem wurden 40 Schiffe nach kommunistischen agitatoren durchsucht. Mehrere hundert Personen wurden verhaftet.

demokratie der große Erfolg der Wahl außerordentlich deutlich in die Erscheinung. Wenn demnach die kommunistischen Blätter von dem „großen Sieg“ berichten, den ihre Partei angeblich errungen hat, so ist das nichts anderes als übliches Röhraufschreien. Berücksichtigt man die durch die Eingemeindungen erfolgte Verstärkung der Wählerziffern, dann hat die kommunistische Partei nicht etwa einen Erfolg, sondern im ganzen Unterelbegebiet Rückschläge erlebt, mindestens aber ist sie zum Stillstand gekommen.

Die Sozialdemokratie hat sich im ganzen Wahlkampf mit großem Glanz geschlagen. Auch die bürgerlichen Blätter in Hamburg, in den Wahlstädten, in Hannover und in zahlreichen Großstädten des Reiches bekennen offen, daß wir das Feld beherrschen. Die deutschnationalen „Hamburger Nachrichten“ sagen, daß Eigenfinn und Eigennutz im bürgerlichen Lager vorherrschen und daß sie die Zersplitterung und die Niederlage der Rechtsparteien verschuldet hätten. Der volksparteiliche „Hannoversche Kurier“ meint, das Ergebnis der Wahl in Harburg-Wilhelmsburg sei eine Folge rücksichtsloser Agitation der Linksparteien, die es fertig gebracht hätten, die Arbeiter vollzählig um sich zu scharen. Das „rote Rathaus“ sei außerdem der Zerrissenheit im Bürgertum zu danken. Wir haben keinen Anlaß, den Parteien rechts von uns näher auseinanderzusetzen, wo die wahren Ursachen für den Zusammenbruch liegen, den sie am 25. September an der Unterelbe erlitten. Wenn jedoch die Sozialdemokratie in Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek die absolute Mehrheit für sich noch nicht erringen konnte, so liegt das an der unerhörten verlogenen Kampfwweise der KPD. In Altona erhielt die Sozialdemokratie 26 Mandate, die KPD. 11 (von insgesamt 61). In Harburg-Wilhelmsburg zählten wir bei 23 errungenen Sitzen von insgesamt 49 nur 2 an der Mehrheit; die KPD. bekam 9 Mandate. In dieser Stadt erscheint jedoch eine Mehrheitsbildung mit den Demokraten (2 Sitze) möglich. In Wandsbek, wo wie in Harburg-Wilhelmsburg die Mehrheit von der Rechten auf die Linke überging, holte sich die SPD. von 38 Sitzen 15, 6 erringen die Kommunisten. Unsere Gegner werden sich nirgends dazu verstehen, diese Art von „roter Mehrheit“ etwa dauernd in Anspruch zu nehmen. Die Kommunisten haben unsere Partei in schmuggler, niederträchtigster Weise bekämpft. In keinem ihrer Flugblätter, keiner Nummer ihres Hamburger Organs und in keiner Versammlung befaßten sie sich mit den Gegnern von rechts; dagegen strömte ihre schriftliche und mündliche Agitation an allen Orten von wüsten Verleumdungen der führenden Männer in den sozialdemokratischen Reihen. Die Hamburger Rotfrontkämpfer verrieten am 25. September und vorher in den Wahlstädten mit ihrem Chef Thälmann an der Spitze die Wahlarbeit; rein zahlenmäßig wäre die Organisation der KPD. in diesen Städten selbst dazu viel zu schwach gewesen. Diese Tatsache zeigt ebenso wie das Wahlergebnis, daß die KPD. nichts anderes war und ist, als das Sammelbecken persönlich verärgelter, verheßter und unorganisiert Arbeiter. In Harburg-Wilhelmsburg hat sie ihre Kandidatliste zur Wahl nachweisbar sogar auffüllen müssen mit inorganisierten aus den Betrieben, die sie wenige Tage vorher erst in die Partei aufgenommen hatten. Der Kampf gegen die KPD. muß nicht nur an der Wasserfront, sondern im ganzen Reich von uns mit viel größerem Nachdruck geführt werden. Da darf es keinerlei Weichheit geben. Ohne die völlige Vernichtung dieser Partei von Totengräbern an der eigenen Klasse kann die deutsche Arbeiterbewegung innerlich nie ganz gesund werden.

Die Wahlschlacht im Unterelbegebiet ist geschlagen. Als Borenscheidung für die kommenden großen Wahlen, die in Preußen und im Reich die Grundlage für eine wahrhaft republikanische Demokratie abgeben soll, hat sie für die Sozialdemokratie ein außerordentlich günstiges Resultat erbracht.

## Westarp als Einbläser.

### Hindenburg das Sprachrohr des deutschnationalen Parteiführers.

Die Tannenbergrede des Reichspräsidenten hat eine interessante Vorgeschichte. Die Waterschaft reklamiert Graf Westarp für sich. Er hat auf einer Führertagung des Landesverbandes Potsdam II der Deutschnationalen Volkspartei ausgeführt:

„Der Wortlaut der Hindenburg-Rede bei der Tannenbergrede sei sowohl vom Reichkanzler Dr. Marx als auch vom Reichsaussenminister Stresemann genehmigt gewesen. Er, Graf Westarp, wolle nicht von der Rolle sprechen, die er selber gespielt habe, damit diese Rede zustande kam.“

Nach diesem Bekenntnis zur Waterschaft wird die Angelegenheit nur noch skandalöser. Der Reichspräsident ist von deutschnationalen Parteileuten zu deutschnationaler Parteaigitation mißbraucht worden — auf Kosten der deutschen außenpolitischen Interessen.

## KPD.-Manöver.

### Aufregung wegen einer Demonstration, die nicht beabsichtigt war.

Zu Hindenburgs Geburtstag hatte die kommunistische Partei in Berlin eine große Demonstration im Lustgarten für den 2. Oktober angekündigt. Da an diesem Tage, an dem die rechtsgerichteten Verbände mit Kundgebungen für Hindenburg auftreten werden, die Gefahr von Zusammenstößen besonders groß ist, hat der Polizeipräsident von Berlin, mit Rücksicht auf die öffentliche Ruhe und Ordnung, die kommunistische Demonstration verboten. Noch ehe das Verbot ausgesprochen war, hat die „Rote Fahne“ in großen Lettern darauf hingewiesen, daß das Blatt des Grafen Westarp das Verbot fordere. Das Proletariat soll darauf mit Massenmobilisation am 2. Oktober antworten. So ist es heute morgen im Berliner Blatt der Moskowiter zu lesen.

Die „Rote Fahne“ verweigert aber, was für die Beurteilung des Verbots von besonderem Interesse ist, nämlich, daß die KPD. niemals mit einer Durchführung der Demonstration im Lustgarten gerechnet hat. Am Donnerstag, dem 22. September, — also längst, ehe der Polizeipräsident sich dazu überhaupt geäußert hatte — fand nämlich eine Sitzung der Berliner Bezirksleitung der kommunistischen Partei statt, in der bereits ausgesprochen wurde, man glaube nicht daran, daß die Durchführung der Demonstration möglich sei. Aus diesem Grunde hat man sich bereits in der besagten Sitzung damit befaßt, daß zur Abhaltung von Versammlungen in verschlossenen Räumen Säte besorgt werden sollen. Man hat also mit dem Verbot des Polizeipräsidenten gerechnet, trotzdem aber die üblichen Aufrufe in die Welt hinaus geschickt und tut heute so, als ob das Verbot auf besonderen Wunsch der Rechtsparteien erfolge. In Wirklichkeit handelt es sich bei den Aufrufen und dem jetzt folgenden Protest um ungewöhnlich schabliges Agitationsmanöver, dessen Beurteilung wir getrost unseren Lesern überlassen können.

## Strafrecht und freie Ehe.

### Auseinandersetzungen im Strafgesetzausschuß.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstages beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem § 10, der Bestimmungen darüber enthält, welche Verwandten als Angehörige im Sinne des Strafgesetzes anzusehen und insoweit besonders geschützt sind. Als Angehörige bezeichnet der Entwurf Verwandte und Verschwiegerter gerader Linie, Adoptiv- und Pflegelinder, Adoptiv- und Pflegeelinder, Ehegatten, Geschwister, Ehegatten der Geschwister, Geschwister der Ehegatten und Verlobte.

Zu diesem Gesetzesvorschlag beantragten unsere Genossen einen Zusatz dahin, daß die Vergünstigungen der Verwandtschaftsverhältnisse auch denen zuteil werden sollen, die in ehelichen Verhältnissen miteinander leben (Lebensgefährten).

Abg. Kohl wandte sich als Berichterstatter gegen diesen Antrag, indem er ausführte, daß es nicht angehe, das Konkubinats durch

besondere strafrechtliche Vergünstigungen gesetzlich anzuerkennen.

Genosse Rosenfeld begründete den sozialdemokratischen Antrag unter Hinweis auf die Unmöglichkeit, gegen Konkubinate auch weiterhin auf Grund des allgemeinen Landrechts vorzugehen. Erst kürzlich habe ein Fall in Ostpreußen berechtigtes Aufsehen erregt, bei dem der Amtsvorsteher einer Gemeinde einen Arbeiter mit einer Geldstrafe von 50 Mark belegt habe, weil er mit einer Kriegswitwe in wilder Ehe lebe und dies Zusammenleben öffentliches Vergernis erzeuge, es auch zu den Aufgaben der Polizei gehöre, dies Konkubinats zur Lösung zu bringen. Dem Arbeiter sei sogar bei Androhung einer Strafe bis zu 300 Mark oder zwei Wochen Haft verboten worden, auch nur noch den Versuch zu machen, mit der in Frage kommenden Frau zusammenzuleben. Solche Fälle sollten doch heute nicht mehr vorkommen dürfen. (Zuruf der Deutschen Volkspartei: Warum heiraten sie nicht?)

Genosse Rosenfeld (fortfahrend): Solange die Ehegesetzgebung bleibt, wie sie ist, werden immer Fälle vorkommen, in denen es durchaus moralisch sein kann, daß Mann und Frau zusammen leben, ohne die Ehe miteinander geschlossen zu haben. Man spreche soviel von der Rechtsangleichung an Oesterreich, also sollte man auch von Oesterreich lernen, das in seinen Gesetzen über Krankenversicherung, Invalidenversicherung ausdrücklich Rechtsanspruch auch den Frauen gegeben habe, die seit mindestens acht Monaten ununterbrochen in gemeinsamem Haushalt mit einem männlichen Versicherten leben, ohne Entgelt die Hauswirtschaft führen (Lebensgefährten). Es sei endlich an der Zeit, den modernen Auffassungen in bezug auf das Konkubinats die Bahn zu öffnen.

Abg. Joppi (D. Fr.) erklärt nicht beizutreten zu wollen, daß vielfach bei ehelichen Verhältnissen eine durchaus sittliche Auffassung zu finden sei. Es sei aber zu schwierig, gesetzlich festzulegen, welche ehelichen Verhältnisse geschützt werden könnten. Die Ehe und nur die Ehe dürfe die Vorteile der Besetze genießen.

Genossin Plüß teilt mit, daß in Bayern besonders ein Fall Aufsehen erregt habe, in dem

### durch die eigentümliche Haltung der bayerischen Regierung eine Eheschließung verhindert worden sei.

Eine Ehe sei auf Grund Ehebruchs geschieden, infolgedessen habe der Ehemann die „Ehebrecherin“ nicht heiraten können. Alsdann sei die geschiedene Ehefrau gestorben, aber trotzdem habe die bayerische Regierung den Ehedispensar zur Ehe des Ehemannes mit der „Ehebrecherin“ nicht gegeben, und zwar mit der eigentümlichen Begründung, seine Frau werde ihm vorausichtlich nicht treu sein. Bei solchen Verhältnissen müßte unbedingt ein eheliches Verhältnis behandelt werden wie eine Ehe.

Abg. Emminger (Bayer. Fr.) sucht die bayerische Regierung wegen der von ihr beliebten Praxis in Ehesachen zu verteidigen. Er erklärt, es habe sich um einen 65jährigen Mann gehandelt, der eine 35 Jahre alte Frau habe heiraten wollen, von der die Erhebungen ergeben hätten, daß sie die Ehe nur wolle, weil der Mann sehr vermögend sei. Solche Ehen dürften nicht durch einen Gnadensatz ermöglicht werden.

Genosse Rosenfeld vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß die Motive für eine Eheschließung den Staat gar nichts angehen, daß der Staat überhaupt gar daran tue, sich in die engen Beziehungen zwischen zwei Menschen, die heiraten wollen, so wenig als möglich einzumischen, daß gerade die bayerische Praxis den sozialdemokratischen Antrag notwendig mache.

Bei der Abstimmung erhielt der sozialdemokratische Antrag nur die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Eigentümlicherweise stimmten auch die Demokraten gegen den Antrag.

## Die „Verjudung“ der Studentenschaft.

### Der völlige Schwandel entlarvt.

Der Verfassungskampf der sog. „Deutschen Studentenschaft“ gegen das preussische Kultusministerium geht jetzt seinem Abschluß entgegen: Am 1. Oktober d. J. wird das preussische Staatsministerium in Ausführung studententrechtlicher Landtagsbeschlüsse vom Mai vorigen Jahres eine Verordnung erlassen, die dem parteivölligen Treiben an den Hochschulen ein Ende bereiten wird. Die Deutsche Studentenschaft hatte zur Begründung ihres antisemitischen Vorgehens und ihrer völkischen Organisation immer auf die drohende Gefahr der Verjudung und Ueberfremdung an den österreichischen Hochschulen hingedeutet. Man arbeitete mit unkontrollierbaren, verelcten Statistiken und verstand es, sich reaktionäre Parteien und

## Soziale Psychiatrie in USA.

Von M. Kroll.

Der Wiener Psychiater Prof. Robert Sommer hat auf dem jüngst in Wien stattgefundenen Psychiaterkongress die stark angewachsene Bewegung der psychischen Hygiene in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Frankreich hervorgehoben und ihr Fehlen in Deutschland als sehr großen Mangel empfunden. Wie groß die Leistungen dieser Bewegung sind, zeigen uns zahlreiche Abhandlungen aus den Fachzeitschriften, insbesondere aus den speziellen Organen Frankreichs und Amerikas („L'Hygiene mentale“ in Paris bzw. „Mental Hygiene“ in New York). In der deutschen Literatur ist bis jetzt unseres Wissens erst neuerdings ein erster Bericht darüber erschienen, der von der Berliner Nervenärztin Dr. Grete Frankenstein stammt. (Psychiatrische Sozialarbeit in den Vereinigten Staaten von Amerika in der „Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie“.)

Dr. Frankenstein hat während ihres dreijährigen Aufenthaltes in Amerika reichliche Erfahrungen gesammelt und, indem sie diese uns übermittelt, regt sie an, dieselben Einrichtungen auch in Deutschland zu schaffen. Ihren Ausführungen ist deshalb die größte Beachtung zu schenken. Besonders hebt sie einen neuen Berufszweig, den der psychiatrischen Sozialarbeiterin, hervor. Diese neuen Fürsorgegeschwestern, die eine spezielle mehrjährige, theoretische Ausbildung in der Soziologie, Psychologie, Biologie, Physiologie, Sozialökonomie und in den politischen Wissenschaften, ferner in der Analyse sozialer Einzelfälle, in der Anwendung der Psychologie auf soziale Probleme, in der sozialen Psychiatrie, in der Lehre von den Grundzügen menschlicher Reaktionsweisen und in den Grundlagen der körperlichen und geistigen Gesundheitspflege gewonnen haben, werden auch praktisch tüchtig ausgebildet, bevor sie ihren Dienst antreten dürfen. So bekommt der Psychiater eine wertvolle Stütze, die durch eingehende und sachgemäße Erforschungen im Hause und in der Umgebung der Patienten (man vergleiche unsere Tuberkulose- und Fürsorgegeschwestern) ein klares Bild über den Patienten verschafft. Darüber hinaus hat die psychiatrische Sozialarbeiterin die Pflicht, solchen Frauen zur Seite zu stehen, die aus irgendwelchen inneren oder äußeren Gründen einsam geworden sind und dadurch stark deprimiert, geistig verfallen. Durch einen günstigen Rat, aber vor allem durch sachliche Hilfe, die auch darin besteht, daß die psychiatrische Sozialarbeiterin die Frau in Parks, Sportplätze, Kinos, Theater, Ausstellungen usw. führt, bringt sie vielfach einer durch Depressionszustand bedingten geistigen Erkrankung vor.

Eine ähnliche Aufgabe sowie Förderung der Ausbildung der Persönlichkeit des Menschen hat das National Committee for Mental Hygiene, das eine Abteilung zur Vorbeugung von Verbrechen, eine Abteilung für Hospitaldienst und eine Abteilung für Kunst und Statistik umfaßt. Es umfasst seine umfangreiche Tätigkeit in der

mannigfachen Volksbelehrung, die hauptsächlich darin besteht, das Verständnis für die Ursache und die Zusammenhänge seelischer Erkrankungen möglichst im Volke zu verbreiten. Dadurch soll dem Volke der Aberglaube genommen werden, daß Geistesgestörtheit eine Schande ist, die man geheimhalten müsse, so daß durch die veränderte Einstellung geistig Abnorme im Frühstadium der Behandlung zugeführt werden. Daß die allseitige geistige Gesundheitspflege hier an erster Stelle steht, ist selbstverständlich.

Die der psychiatrischen Spezialarbeit zugrunde liegenden Prinzipien sind verschieden, je nachdem sie in den Anstalten, Polikliniken, Gerichtshöfen, Schulen usw. ausgeübt werden. Stets werden sie jedenfalls dem Psychiater unterstellt. In über fünfzig staatlichen Irrenanstalten ist ein wohl ausgerüsteter psychiatrisch-sozialer Fürsorgedienst geschaffen. In diesem Rahmen überwacht die Sozialarbeiterin den bedingt entlassenen Patienten, die Familie des Patienten während seines Aufenthalts in der Anstalt und dgl. Auch in jedem Krankenhaus, in jeder Poliklinik, in jedem Ambulatorium usw. werden soziale Fürsorgestellen eingerichtet, wie Universitätskassen und Polikassen eine Mental-Hygiene-Abteilung haben. Es werden auch spezielle psychiatrische Kliniken für Kinder eingerichtet. Ebenfalls wird eine umfangreiche psychiatrische Arbeit in den Schulen geleistet. Damit ist das Tätigkeitsfeld der sozialen Psychiatrie noch lange nicht erschöpft, aber schon das hier zitierte beweist, wie dringend notwendig und wünschenswert es wäre, wenn diese Bewegung sich auch in Deutschland ausbreiten würde.

Richard Crooks als Gast in Tosca. Richard Crooks führte sich als Cavaradossi in der Städtischen Oper ein. Der Amerikaner, der italienisch singt, macht eine gute Figur. Seine Haltung und Bewegung sind frei von Besonderheiten, frei von Willkür, aber auch noch ganz frei von Theaterübungen. Die Stimme weich und mühelos, warm gefärbt, doch in der Höhe getrübt, gedämpft von nasalen Beikängen. Wird er diese los, so strahlt ein neuer großer Tenor als Stern am Opernhimmel. Gegen Wilhelm Rodés Scarpia ist schwer anzukommen. Eine wahrhaft überlegene, großartige Leistung, die Stimme strömt dick und voll und doch durchdringend durch den Raum. Es gehört schon die ganze Rauschhaftigkeit dieses Diktators dazu, um die Sympathie, die sich eine so starke und klare Stimme erwarbt, in die Mut über den schauspielerischen Charakter umzuformen. Rodé wurde stürmisch gefeiert. Mit ihm die Salazarini, und in einem so kritischen Abstand davon die Stimme des Gastes. R. S.

Walter von Molos Jesus-Legende. Im Künstlerhaus, Bellecourstraße, las gestern abend Ernestus Münchheim aus Walter von Moslos neuem Werk „Die Legende vom Herrn“, das den Untertitel führt „Die neue Gestaltung des Lebens Jesu“. Selbstverständlich ist ein abschließendes Urteil nach einer fragmentarischen Vorlesung unmöglich, immerhin lassen sich aber die Umrisse der Dichtung, das konstruktive Gerüst erkennen. Moló beginnt einleitend mit Variationen über das Thema „Das Licht scheint in der Finsternis“ aus dem Johannes-Evangelium; dann legt die

durchaus dramatisch geführte Handlung ein. Die Bewohner eines kleinen galiläischen Dorfes erwarten Jesu. Es erscheint ein Pharisäer aus Jerusalem, die Verförperung des selbstgefälligen, ammaßenden Buchstabenglaubens; er ist der Gegenspieler, der den Chor gegen den Helden aufsteigt. Die Gegensätze stoßen aufeinander. Die große Szene ist geschaffen. Doch der erste Auftritt Jesu enttäuscht. Die Figur hat keinen letzten Umriß, sie bleibt bloß. Es werden dann ein paar mehr oder minder marxistische Situationen aus dem Leben Christi aneinandergerichtet, unter anderem nimmt die Szene der Tempelreinigung einen dreiten Raum ein, und hier zeigt sich die Reingung Molos, prägnant zugespitzte Bibelworte zu erweihen. Er will Milieu, Atmosphäre schaffen, er gibt ausgezeichnete Landschaftsbilder, malt genau die Szenerie aus und legt vor allem den Akzent auf die Ausgestaltung der Gegenspieler. In kurzen Dialogen charakterisiert er die Händler im Tempelvorhof, charakterisiert er den Pharisäer und das Volk, das die Ehebrecherin verdammt, aber manchmal gerät die Gestalt Jesu dabei zu stark in den Hintergrund und verhält sich zu passiv. Wie gesagt, ein abschließendes Urteil ist erst nach der Vektüre des Werkes möglich, aber man fragt sich bereits in der Vorlesung, wo ist hier die neue Gestaltung des Lebens Jesu? Warum die Bearbeitung einer künstlerisch vollendeten Vorlage? Ist die Ausmalung des Landschaftlichen und des Milieus unbedingt notwendig? Ist die Dramatik des Ganzen durch die dramatische Ausgestaltung einiger Szenen gesteigert worden? Vielleicht wird das Buch Antwort auf diese Fragen geben. Ernestus Münchheim war stark im dramatischen Ausdruck, ohne dabei die epische Linie zu durchbrechen.

Die Krönung vor dem Untergang? Die neuesten Meldungen von der Wiederholung der Erdbeben auf der Arim geben gewissen Gerüchten einige Wahrscheinlichkeit, die von den Flüchtlingen aus dem Erdbebengebiet kolportiert werden. Man müsse, so heißt es, damit rechnen, daß die ganze Halbinsel eines Tages im Meer versinke. Die Katastrophen seien darauf zurückzuführen, daß ein Vulkan am Fuße der nordwestlichen Ausläufer des Kaukasus nach jahrzehntelanger Ruhe zunächst wieder in Tätigkeit getreten, daß dessen Krater sich aber dann geschlossen habe und daß die Lava nun im Begriffe sei, auf dem Grunde des Schwarzen Meeres ein neues Eruptionsventil zu schaffen. Es scheint, daß diese Eruptionsstelle in unmittelbarer Nähe der Halbinsel Arim liegen werde, so daß möglicherweise nicht nur der Bestand der Halbinsel, sondern auch das ganze nördliche Schwarze-Meer-Gebiet von den unwahrscheinlichsten Katastrophen betroffen werden könne.

Mitgliederversammlungen der Volkshilfe E. B. Am Dienstag, dem 4. Oktober, abends 8 Uhr, finden die diesjährigen Mitgliederversammlungen der Volkshilfe E. B. statt, und zwar für die Abteilungen 1 bis 100 im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 28, für die Abteilungen 101 bis 175 in der Müller-Neuland, Müller-Neuland-Str. 31, für die Abteilungen 176 bis 235 in der Oberländer-Neuland, Neue Friedländerstraße, für die Abteilungen 236 bis 295 in der Gieseler-Neuland, Blumenstr. 10, und für die Sonderabteilungen in der Aula des Sophien-Lyzeums, Weinmeisterstr. 17.

Vorlesung in Moskau entzinkt. Der Dichter Vorlesung, der schon seit einiger Zeit in Moskau als Ehrenmitglied und von höchsten und höchsten Organisationen sehr geehrt wird, ist an der Grippe erkrankt. Infolgedessen mußten mehrere Veranstaltungen abgesagt werden, bei denen Vorlesung als Vortragender auftreten oder Gegenstand besonderer Übungen sein sollte.

deren Presse dienlich zu machen. Als aber das preussische Kultusministerium bei den Verhandlungen einen glaubhaften Beweis für die nur zu durchsichtigen „völkischen Belange“ verlangte, setzten die preussischen Studentenschaften dann einen — selbstverständlich nur aus ihren Reuten bestehenden sog. Fünferausschuß ein, der die Verhältnisse in Oesterreich studieren sollte.

Dieser Ausschuß hat nunmehr seine Arbeiten, die er in einer Druckchrift „Der Streit um das preussische Studentenrecht“ veröffentlicht hat, beendet. Das Ergebnis, zu dem er auf Grund der amtlichen Unterlagen der Hochschulregister gekommen ist, stellt für die völkischen Kreise ein geradezu vernichtendes Urteil dar. Wurde es bisher von völkischer Seite immer bestritten, daß es in Wien allein 2000 organisierte sozialistische Studierende gibt, so muß der Fünferausschuß, nachdem ihm von den österreichischen Vertretern in die Mitgliederlisten Einsicht gewährt worden ist, nunmehr feststellen, daß die sozialistischen Studentengruppen durchschnittlich 10 Proz. der Hörerschaft an den einzelnen Hochschulen ausmachen. Weiter wird wörtlich festgestellt: „An der Universität (Wien) besteht eine sozialistische Studentengruppe mit etwa eintausend eingeschriebenen Mitgliedern; ihre Anhängerschaft ist aber höher zu schätzen.“ Demgegenüber wird weiterhin von derselben Hochschule erwähnt, daß für die völkische Deutsche Studentenschaft, die sich doch immer annahm, alle deutschen Studierenden zu vertreten, von nur etwa sechshundert Studierenden der freiwillige Studentenschaftsbeitrag gezahlt wurde!

Noch vernichtender sind die Ergebnisse über die angebliche jüdische Ueberfremdung. Die Zahl der jüdischen Hörer ist nirgends höher als an den Hochschulen des Reiches. Wiedermal sei der Bericht des Ausschusses zitiert: „In weiten Kreisen der deutschen Studentenschaft im Reich bestand die Auffassung, daß die Hörerschaft der Hochschule für Welthandel hinsichtlich der Berufung ganz besonders gefährdet sei. So sprach man zum Teil von einer Minderheit von 40 bis 50 Proz. und zum Teil von 48 Proz., ja 50 bis 60 Proz. jüdischer Hörer. Wie aus obiger Statistik hervorgeht, beträgt die Zahl der inländischen jüdischen Hörer tatsächlich 11,8 Proz. der Gesamtzahl der inländischen Hörer.“

Damit ist der völkische Schwindel, mit dem man bisher alles staatsfeindliche Handeln begründete, entlarvt. Es wirkt geradezu tragikomisch, daß die unterjüdische Kommission der Studentenschaft — also die reaktionären Führer selbst — das Eingeständnis machen müssen, das dem preussischen Kultusminister sowie dem erfolgreichen Kampf der linksstehenden Studenten den Beweis für die Richtigkeit ihres Handelns gibt. Ja, der Fünferausschuß scheint die preussische Hochschulreform nunmehr selbst für staatsnotwendig zu halten. Denn nur so ist es zu verstehen, daß er eine Änderung des Ausbaues der österreichischen Studentenschaften selbst nur für möglich hält, „wenn der Staat den österreichischen Studierenden zwangsmäßig ein Studentenrecht gewährt. Bei der augenblicklichen Regierungsform ist dieses jedoch nicht zu erwarten, obwohl die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs, die im Nationalrat über 46 Proz. der Sitze verfügt, die Einführung des Studentenrechts befürwortet.“

Es wird also zugegeben, daß die Sozialdemokraten die einzigen sind, die eine vernünftige Hochschulreform vertreten; es wird fast behauptet, daß sie nur 46 Proz. der Sitze im Parlament innehaben... Wozu aber regt man sich dann in Preußen über ein staatsnotwendiges Vorgehen eines demokratischen Ministers auf, wenn man sich in Oesterreich davon überzeugen muß, daß die „völkischen Belange“ ein Unfug sind? Am 1. Oktober hat Kultusminister Becker das Wort. Die sozialdemokratischen Studenten, deren Reihen von Tag zu Tag stärker werden, werden dann bald dafür sorgen, daß im ganzen Reich wie in Oesterreich eine gesunde studentische Selbstverwaltung einkehrt.

### Neuordnung des Studentenrechts.

Die neue „Verordnung über die Bildung von Studentenschaften“ ist vom preussischen Staatsministerium beschlossen und sodann dem Staatsrat vorgelegt worden. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird nach der Neuordnung die Studentenschaft der einzelnen wissenschaftlichen Hochschule von dem zuständigen Minister staatlich anerkannt und wird verfassungsmäßiges Glied der Hochschule, wenn die mitgliederschaftsberechtigten Studenten in einer gleichen und geheimen Abstimmung, die unter Leitung des Rektors bis zum 15. Dezember 1927 erfolgt sein muß, beschlossen haben, eine Studentenschaft zu bilden. Die dann gebildete Studentenschaft besteht aus den an der Hochschule eingeschriebenen reichs- und auslandsdeutschen Studenten. Auslandsdeutsche Studenten sind alle außerhalb des Reichsgebietes heimatisierten Studenten, deren Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft durch Sprache, Bildung und Bekannnis zu dieser Gemeinschaft erweisbar ist. Oesterreichische Staatsbürger gelten als Auslandsdeutsche, wenn sie sich nicht zu einem fremden Volkstum bekennen. Die Entscheidung darüber, ob ein Student als Auslandsdeutscher anzusehen ist, trifft der Vorstand der Studentenschaft. Gegen diese Entscheidung ist Einspruch bei dem Rektor zulässig. Die Studentenschaft kann sich mit Organisationen, die an anderen deutschen Hochschulen bestehen, vereinen, sofern diese Organisationen alle reichs- und auslandsdeutschen Studenten umfassen und sofern die Satzungen solcher Gesamtvereinigungen nicht im Widerspruch mit der preussischen Verordnung stehen.

An Hochschulen, in denen eine Studentenschaft nicht gebildet wird, trifft der zuständige Minister die für die Weiterführung der studentischen Wohlfahrtsvereinigungen erforderlichen Maßnahmen. Der schon bisher bestehende Vermögensbeirat der einzelnen Studentenschaft, dessen Vorsitz der Universitätsrektor oder an Hochschulen, die keinen Rektor haben, ein vom Minister zu bestellender höherer Verwaltungsbeamter führen wird, hat die Aufgabe, die Vermögensverwaltung und die Repräsentation der Studentenschaft zu überwachen und die Studentenschaft bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen zu beraten und zu unterstützen.

Der Haushaltsplan der Studentenschaft, auf Grund dessen die Beiträge erhoben werden, bedarf der Genehmigung des Ministers und des Vermögensbeirats. Der Minister kann die gemäß der Verordnung gebildete Studentenschaft einer Hochschule veranlassen, die Entscheidung, ob eine staatlich anerkannte Studentenschaft bestehen soll, nach dem oben erwähnten Abstimmungsverfahren zu wiederholen. Ebenso kann die Studentenschaft auf Antrag von drei Viertel der Stimmen ihrer Vertreterversammlung bei dem Minister Wiederholung der Abstimmung beantragen. Zur Ausführung der Verordnung kann der zuständige Minister Richtlinien erlassen. Er entscheidet auch über die Auslegung der Verordnung und der Richtlinien.

Nach der neuen Verordnung wird eine Koalition der preussischen mit den österreichischen Studentenschaften im Rahmen der Deutschen Studentenschaft nur möglich sein, wenn die antisemitisch organisierten österreichischen Studentenschaften ihre Verbandsstatuten ändern oder die preussischen ihre staatliche Anerkennung ausgeben. Die preussischen Studentenschaften werden darüber in einer Gesamtabstimmung im Laufe des November zu entscheiden haben.

# Vor dem ersten Oktober.

## Sittenbeamte im Gerichtssaal.

Am 1. Oktober hört die Sittenkontrolle auf. Im letzten Augenblick noch haben die Gerichte sich mit den Verträgen der Prostituierten gegen die Polizeivorschriften zu befassen, „mit Widerstand gegen die Staatsgewalt“, der durch diese Verträge veranlaßt wurden. Sittenbeamte, Prostituierte und Opfer der Sittenkontrolle im Gerichtssaal...

### Ein Fehlgriff.

Die etwa 35jährige Frau N. erwartet allnächtlich gegen 3 Uhr in der Friedrichstraße ihren Mann, der in einem Lokal beschäftigt ist. Sie meldet es zu betreten. Sie geht auf und ab in Erwartung, daß die Uhr drei schlägt. Hin und wieder wird sie von Männern angeprochen: „ob sie nicht mitkommen wolle“. Dann und wann erwidert sie kurz, freundlich abweisend, diese Einladungen. Die Sittenbeamten, die in der Gegend ihren Dienst tun, kennen die Frau vom Ansehen. Sie wissen nicht, daß sie ihren Mann erwartet, sie haben sie im Verdacht, heimlich Unzucht zu treiben. Einem Nachts beschließen sie, gegen den „Unfug“, den sie auf der Straße treibt, einzuschreiten. Während einer der Beamten sich einer anderen verdächtigen weiblichen „Person“ nähert, tritt der zweite Beamte auf Frau N. zu, legitimiert sich als Kriminalbeamter und fordert sie ein, mit zur Wache zu kommen. Sie denkt nicht daran, Folge zu leisten! Der Sittenbeamte greift energisch zu; sie wehrt sich, protestiert laut gegen die verbotene Freiheitsberaubung. Der Beamte will einen Menschenauflauf vermeiden, er läßt von der Frau ab. Während des Zusammenstoßes mit dem Beamten hat aber ihre Armbanduhr gelitten. Sie beklagt sich bei ihrem Mann über das Vorgehen des Sittenbeamten; empört über den Vorfall und ärgerlich über die zerbrochene Uhr, begeben sich die Eheleute auf die Suche nach dem Beamten. Unterdessen ist die andere weibliche „Person“ ins Revier geschafft worden. Hier hält man ihr vor, daß sie vor zehn Jahren unter Sittlichkeit gestanden habe. Man fragt sie über Frau N. aus... Die Beamten kehren auf die Straße zurück und stoßen hier auf das Ehepaar. „Das sind die beiden Kerle von neulich“, ruft Frau N. „Ihr Strohdieb! Sieh an einer wehrlosen Frau zu vergrischen, die ihr zerbrechen! Ich werde euch schon zeigen!“ Die Beamten wollen sich das nicht gefallen lassen, versuchen den Mann festzustellen. Der widersteht sich, die Frau schießt dazwischen, verfehlt einem der Beamten einen Schlag ins Gesicht. Ein Schuhmann eilt herbei, die Eheleute

werden aufs Polizeirevier gebracht, Frau N. muß einleitend Tage da bleiben unter dem Verdacht, „heimliche Unzucht“ zu treiben und geschlechtskrank zu sein.

Vor dem Schöffengericht behaupten die Beamten das von ihnen verhaftete frühere Sittenmädchen habe ausgesagt, sie kenne Frau N. und wisse, daß sie öfters in dem Hotel absteige, wo sie als Aufwartemädchen arbeite. In der Gerichtsverhandlung teignet diese aber entschieden, eine derartige Aussage gemacht zu haben. Das Gericht stellt fest, daß absolut keine Veranlassung vorliegen habe, Frau N. zu verhaften. Wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und andere geschwehrtige Handlungen wird die Ehefrau N. zu 48 M. und ihr Mann zu 45 M. Geldstrafe verurteilt.

Und was geschieht mit den Beamten, die zweifellos nicht einwandfrei handelten?

### Vor dem Schaufenster.

In einer verbotenen Strafe steht nachts das Sittenmädchen N. am Schaufenster. Vor Gericht behauptet sie, sich die hübschen Schuhe angesehen zu haben. Die drei Verwaltungsbeamten, die in dieser Nacht Streife hatten, waren aber anderer Ansicht. Sie gingen auf das Mädchen zu und forderten sie auf, ihnen ins Polizeirevier zu folgen. Das Mädchen stand aber unter dem Einfluß von Alkohol. „Was, ihr Strohdie, ihr habt hier auf die Sitte aufzupassen? Ihr sollt euch erst mal legitimieren.“ Die Beamten denken nicht daran, sich zu legitimieren. Sie saßen das Mädchen scharf an; diese widersteht sich, schlägt wild um sich; es gibt einen Auflauf, die Verhaftete hebt das Publikum gegen die Beamten auf und wird schließlich ins Polizeirevier geschleppt. Während des Widerstandes, den sie geleistet hatte, war ihr arg zugeführt worden. Sie beschwerte sich bei der vorgelegten Behörde. Das Disziplinarverfahren gegen die Beamten verlief erfolglos. Sie erhielt aber einen richterlichen Strafbescheid, der auf einen Monat Gefängnis lautete. Sie legte Beschwerde ein und hatte sich nun vor dem Amtsgericht zu verantworten. Der Verteidiger machte für seine Klientin den Umstand geltend, daß die Sittenkontrolle am 1. Oktober aufgehoben wurde und bat um Bewährungsfrist. Das Gericht verurteilte die „Sittendiebe“ zu drei Wochen Gefängnis und billigte ihr Bewährungsfrist zu. Der 1. Oktober wird diese Art von Prozessen hoffentlich unmöglich machen...

## Der Revolver schuß auf den Ehemann.

### Das Ende einer 21-jährigen Ehe.

Unter der Anklage des Totschlages hat sich heute die 45 Jahre alte Frau Frieda Gebauer vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zu verantworten. Es handelt sich bei der Missetat um den Abschluß einer 21-jährigen von Anfang an unglücklichen Ehe.

Die Angeklagte, die aus reichem Hause stammt, hat am 12. Oktober in der Wohnung ihrer Mutter ihren vier Jahre älteren Ehemann, den Kaufmann und Rittergutsbesitzer Gebauer in Gegenwart ihres 20-jährigen Sohnes niedergeschossen. Die Ehe war 1906 geschlossen worden. Gebauer hatte ein Holzhandelsgeschäft in Berlin, das sehr gut ging und bis in den Krieg hinein jährlich 150 000 Mark Reingewinn abwarf. Außerdem hatte auch die Angeklagte ein beträchtliches Vermögen in die Ehe gebracht. Gebauer hatte eine Villa in Wannsee, und 1919 das Rittergut Jeseritz erworben. Der Ehe waren zwei Kinder, der jetzt 10-jährige Bodo und die 8-jährige Friede entsprossen. Seit der Inflation geriet Gebauer in missliche Verhältnisse und mußte seine Villa verkaufen. Die Angeklagte, die an ein luxuriöses Leben gewöhnt war, konnte sich in die veränderten Verhältnisse nicht fügen. Dadurch verschlechterte sich die ohnehin schon durch die Untreue der Angeklagten zerrüttete Ehe noch mehr, und die Frau verließ ihren Mann schließlich, um mit einem Gutsinspektor zusammenzuleben. Trotzdem hing der Mann immer noch an ihr und hatte auch noch kurz vor dem tragischen Ereignisse eine Verlobung vereinbart. In den letzten Tagen vor er aber anderen Sinnes geworden und hatte den Vorschlag seiner Schwiegermutter, eine Aussprache mit seiner Frau und seinem Sohne, der auf Seiten der Mutter stand, herbeizuführen, entschieden zurückgewiesen. In seinem Testament hatte er auch Frau und Sohn enterbt und seine Tochter Friede, an der er mit abgöttischer Liebe hing, zur Alleinerbin eingesetzt. Er hatte auch einige Tage vor seinem Tode die Eheverlöbte eingeleitet. Die Angeklagte war übrigens in erster Ehe mit einem Berliner Arzt verheiratet gewesen, und auch diese Ehe war gescheitert worden. Am seine Tochter zu sehen, war Gebauer am 12. Oktober zu seiner Schwiegermutter nach Tempelhof gekommen. Wider Erwarten kam ihm dort seine Ehefrau entgegen und begrüßte ihn. Er stieß sie aber vor die Brust, so daß sie zurücktaumelte. Der dazwischenretende Sohn Bodo wurde in die Ecke geschleudert und fiel bewußtlos zu Boden. Nun ergriff die Angeklagte einen Revolver, den sie auf das Büfett bereitgelegt hatte und gab auf ihren Mann mehrere Schüsse ab, die den Ehemann töteten. Die Angeklagte behauptet, daß sie in Notwehr gehandelt habe. Sie deutete auch an, daß seit 1912 bereits ein Eheverkehr mit ihrem Manne nicht mehr möglich gewesen sei. Auf Fragen des Vorsitzenden behauptet sie jedoch mit Bestimmtheit, daß die achtjährige Friede dennoch ein Kind ihres Mannes sei. Es sind etwa 40 Zeugen geladen und die Verhandlungen werden voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen.

### Der Bär auf der Straße.

An der Nähe des Elisabeth-Hospitals in Oberdornowitz fanden Spaziergänger in den gestrigen Abendstunden einen herrenlosen braunen Bären, der an einen Baum gebunden war. Bald sammelte sich eine größere Menschenmenge an. Das Tier ließ niemand zu nahe kommen, so daß schließlich Polizeibeamte den Zoologischen Garten von dem eigenartigen Fund in Kenntnis setzten. Dr. Heß, der Leiter des Zoos, entsandte einen seiner Mitarbeiter nach Oberdornowitz. Der Bär zeigte sich aber so böseartig, daß es nicht gelang, ihn zu bändigen. Wegen der Gefahr, die das Tier für das Publikum bildete, blieb nichts weiter übrig, als es zu erschießen. Ein Polizeioffizier trat den Fangschuß ab. Offenbar haben vorüberziehende Gausler sich des Tieres, es handelt sich offenbar um einen Tambären, auf diese Art entledigt.

### Ein jugendlicher Selbstmörder.

Ein aufregender Vorgang spielte sich gestern abend gegen 21 Uhr auf der Schillingstraße ab. Ein unbekannter junger Mann von etwa 20 Jahren lief dort hin und her und erregte durch sein unruhiges Wesen die Aufmerksamkeit der Passanten. Blödsinnig sprang er, bevor man ihn daran hindern konnte, mit einem Hechlsprung über das Geländer in die Spreck, ging sofort unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Rettungsversuche, die Schupo-Beamte unternahmen, blieben ohne Erfolg. Der Reichswasserbau sucht heute das Wasser nach der Leiche ab. Der junge Selbstmörder trug eine Strickjacke, eine dunkle Hose und schwarze Hofschuhe. Mitteilungen zur Auffindung an die Kriminalinspektion Friedrichshagen.

### Wegen Totschlages verurteilt.

Der frühere Polizeibeamte und jetzige Gemüshändler Paul Venz, der in der Bußstrafe vorigen Jahres seine Frau durch einen Revolverschuß getötet hatte, wurde gestern nach 15stündiger Verhandlung am Ritternack von dem Schwur-

gericht I wegen Totschlages unter Jubilation mildernden Umstände zu 2 Jahren 1 Woche Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Die Sachverständigen hatten den Angeklagten zwar für geistig nicht vollwertig bezeichnet, jedoch die Frage nach dem Vorliegen des § 51 verneint.

## Großfeuer in der Chausseestraße.

Die Feuerwehr, die erst am letzten Sonntag in der Luisenstraße mit der Bekämpfung eines Kiefernfeuers beschäftigt war, wurde gestern nacht abermals zu einem Großfeuer nach der Chausseestraße 57 alarmiert. Das Feuer vernichtete das Dachgeschos und das vierte Stockwerk des Quergebäudes, in dem zwei Knopfabriken ihre Räume haben, vollständig. Die Lösch- und Aufräumungsarbeiten, die sich außerordentlich schwierig gestalteten, dauerten bis in die heutigen Vormittagsstunden hinein.

Die Feuerwehr rückte am Warm „Mittelfeuer“ zunächst mit drei Löschzügen an. Beim Eintreffen der Wehren hatte der Brand jedoch eine beträtliche Ausdehnung angenommen, daß zwei weitere Züge an die Brandstelle beordert werden mußten. Die Fabrik- und Logerräume im Dachgeschos und vierten Stockwerk der Knopfabriken von Müller u. Co. sowie der Firma Schuchardt u. Co. standen in ihrer ganzen Ausdehnung in Flammen. Unabsehbar erfolgten kleinere Explosionen. Meterhohe Strohballen schossen hervor. Das Feuer land an Zellulose-, Hornwoll- und anderen Stoffen nur allzu reiche Nahrung und drohte auf die Pferdehalle und Wirtschaftsgebäude des dritten Hofes überzuliegen. Baurat Lam ließ deswegen aus acht Schlauchleitungen großen Kalibers Wasser geben. Kostbare Zeit ging dadurch verloren, daß die nach oben nordringenden Feuerwehrbeamten noch die schweren eisernen Türen, die stark gefestigt waren, in mühsamer Arbeit aufbrechen mußten. Erst gegen 6 Uhr morgens war die Hauptgefahr beseitigt. Der Dachstuhl, das Dachgeschos und das vierte Stockwerk sind völlig vernichtet. Die darunterliegenden Betriebe haben unter Wasserbeschaden stark gelitten. Der Materialschaden ist sehr groß, aber durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsurache konnte nicht mehr ermittelt werden, da schon beim Eintreffen der Wehren das Dachgeschos ein einziges Flammenmeer bildete. Gestern nacht brannte der Dachstuhl des Hauses Großmanstraße 35 ab.

## Die Ueberschwemmung in der Schweiz.

### Gefährliche Vergungsarbeit.

Trotz der Sprengung des Bahndammes bei Bendorf hat die Gewalt der Fluten nicht nachgelassen. Die Gemeinde Ruggeln ist immer noch schwer bedroht. Zwei Häuser und mehrere Siedlungen wurden vom Wasser weggerissen. Auch gestern konnte Ruggeln nicht vollständig geräumt werden. 200 Personen wurden nach Schellenberg gebracht. In den überschwemmten Häusern befinden sich noch 60 Leute, die ihre Häuser nicht verlassen wollen. Die Vergungsarbeiten werden dadurch erschwert, daß ein Teil der Restungsboote, die von Bregenz und Hard nach Leichtenstein gebracht wurden, durch den wiederholten Anprall an die Mauern beschädigt und unbrauchbar wurden. Heute sind von Thur 200 schweizerische Sappeure angekommen und in Schellenberg untergebracht worden. Im Einvernehmen mit den österreichischen Truppen sind sie damit beschäftigt, die Dammläden in Schaan mit Falschinen zu schließen.

### Koennecke noch in Angola.

Angora, 28. September.

Die Anatolische Telegraphenagentur teilt mit, daß Koennecke mit seinem Flugzeug „Germania“ am Sonnabend nicht gestartet ist, sondern sich noch in Angora befindet. Das Flugzeug, dessen Abflug am Sonnabend gemeldet wurde, war ein nach Ostafrika fliegendes Zunters-Apparat.

Nach einer weiteren Meldung aus London ist der so lange vermisste Koennecke gestern in Angora gestartet und abends in Bogdad gelandet.

Spreckhor für Proletarische Telefontelefon. Uebungsstunde Donnerstag, den 28. September, 1917, Uhr, in der Sophienstraße, Wehrmeisterstr. 16/17.

22. und 23. Ubl. Rührung! Die Urwahl für heute Mittwoch abend bekanntgebende Mitgliederversammlung findet erst morgen Donnerstag, den 29. September, 10 1/2 Uhr, im kleinen Thorwaldsaal, Müllerstr. 142 statt. Referent: Bürgermeister Carl Leib.

Zwischen Kapitän Alfred Schneider, der im Frühjahr ein Gattlein am Karlsruhersee verunglückte, steht nach einer Sommerreise nach Berlin zurück, wo er diesmal an der Kaiserlichen Küstenschutz nimmt. Die Eröffnung soll am Freitag, dem 30. September stattfinden.

## Abwehr und Angriff.

Gegen die Rüstungen der Unternehmer.

In Düsseldorf befindet sich die sogenannte Austauschelle der deutschen Unternehmerverbände, die neuerdings zur Finanzzentrale für die berüchtigte Geschäftsgemeinschaft der rheinisch-westfälischen Industriellen gemacht worden ist. Bekanntlich sollen die Geschäftsgemeinschaft angeschlossenen Industrien, wie z. B. die Eisenindustrie, Bergbau, Textilindustrie, Baugewerbe und chemische Industrie pro Kopf des beschäftigten Arbeiters monatlich 5 M. Umlage an die Geschäftsgemeinschaft abführen, um so einen größeren Kampffond für die Unternehmerverbände zu schaffen. Nach unseren Mitteilungen in der Abendausgabe vom Montag, den 26. September, dürften circa 1 Million Arbeiter in den zur Geschäftsgemeinschaft gehörenden Betrieben beschäftigt sein. Das gäbe ein monatliches Aufkommen von 5 Millionen Mark, im Zeitraum eines Jahres würde die Kampfkasse der Unternehmer rund 60 Millionen Mark betragen. Eine gewaltige Summe!

In Düsseldorf besteht aber auch das ebenfalls in unserer Zeitung schon oft besprochene Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta), eine Einrichtung der Industrie, die den Auftrag hat, die Arbeiterklasse in umfassender Weise zum Gedanken der „Wirtschaftsfriedlichkeit“ zu erziehen. Auf der letzten Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Frankfurt am Main hat Geheimrat Kast das Wirken dieses Instituts hervorgehoben. Das sind die Vorbereitungen der Unternehmer für die kommende Zeit: Auf der einen Seite Aufschärfung von Geldbeträgen, die zu mehreren Prozent Lohnerhöhung hinreichen würden, um ihren Kampf gegen die Arbeiterklasse zu finanzieren; auf der anderen Seite das Bestreben, den politischen und gewerkschaftlichen Geist der Arbeiterklasse durch eine sogenannte „Erziehung zum wirtschaftlichen Denken“, durch eine Beeinflussung im Geiste der gelben Wertsgemeinschaft auszuhöhlen und widerstandsunfähig zu machen.

Die Antwort werden die Herren von den Gewerkschaften bekommen. Auch die Gewerkschaften müssen rüsten! Die Gewerkschaften dürfen sich nicht darauf beschränken, die notwendigen Lohnkämpfe zu führen, sie müssen ihre Mitgliedschaften auch für große disziplinierte Kämpfe schulen. Die wirtschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen zwischen beiden Klassen sind heute so kompliziert und so schwer übersichtlich, daß ohne eine besondere wirtschaftliche und politische Schulung die Ursachen, Zusammenhänge und Hintergründe großer Lohn- und Arbeitskämpfe nicht begriffen werden können. Die Demotriebe in der Gewerkschaftsbewegung erfordert auch, daß jedes einzelne Mitglied und jeder einzelne Kämpfer stets in der Lage sein muß, sich über den Stand der Auseinandersetzungen zwischen seiner Organisation und dem Unternehmertum eingehend zu informieren. Solche Information ist aber nur denkbar, wenn ihr weitreichende gewerkschaftliche, staatspolitische, nationalökonomische und sozialpolitische Kenntnisse zugrunde liegen.

Gerade in Hinblick auf die Rüstungen der Unternehmer ist es unbedingt notwendig, daß weite Kreise der Arbeiterklasse sich die wissenschaftlichen und geistigen Grundlagen zur Führung der unausbleiblichen Kämpfe erwerben. Deshalb weisen wir darauf hin, daß Mitte nächsten Monats die Lehrgänge der Berliner Gewerkschaftsschule neu beginnen. Diese Schule ist sozialpolitisch die Kriegsschule der Berliner Gewerkschaften. Sie hat die Aufgabe, jedem Berliner Gewerkschaftsfunktionär, darüber hinaus jedem am Gewerkschaftsleben interessierten Mitglied die Möglichkeit zu geben, sich politisch und wirtschaftlich durchzubilden. Die Gewerkschaftsmitglieder sollten schon jetzt das Unterrichtsverzeichnis für das Semester Oktober/Juni 1927/28 von ihrer Ortsverwaltung oder vom Bureau der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelauer 24/25, einfordern. Die Gewerkschaftsschule hält auch Montags- und Freitags zwischen 4 und 7 Uhr regelmäßig Lehrberatungsstunden ab. Wir empfehlen allen, die sich über den Gang ihrer Gewerkschaftsausbildung nicht klar sind, diese Sprechstunden aufzusuchen. In den Sprechstunden können gleichfalls Anmeldungen zur Schule vorgenommen werden.

## Mit Hochdruck für Preissteigerung.

Schwindelmeldung der Braunkohlenherren.

Die schwerindustrielle Telegraphen-Union verbreitet folgende Meldung:

Von gewerkschaftlicher Seite wird zu dem Lohnkonflikt im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau mitgeteilt, daß der Schwerpunkt zurzeit beim Reichswirtschaftsministerium liege. Der Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau hatte bekanntlich an den Reichswirtschaftsminister ein Schreiben gerichtet, in dem ausgeführt wurde, daß die abnehmende Haltung des Reichswirtschaftsministers gegen eine geringe Erhöhung der Kohlenpreise den Arbeitgeberverband der Möglichkeit beraubt habe, eine auch von ihm als erwünscht empfundene angemessene Lohnerhöhung durchzuführen. Infolgedessen veranlassen die Gewerkschaften nunmehr eine eindeutige Erklärung des Reichswirtschaftsministers über seine Preispolitik. Es dürften im übrigen nach wie vor noch Möglichkeiten für eine Einigung vorhanden sein, so daß ein Streik im mitteldeutschen Bergbau zu vermeiden sein wird.

Die Antwort der Gewerkschaften auf das Schreiben der Unternehmer haben wir bereits veröffentlicht. Die Antwort ist so klar, daß alle Schwindelmeldungen daran glatt abfallen. Die Unternehmer möchten die Gewerkschaften für ihre Preiswählerpolitik vor ihren Wogen spannen. Die Gewerkschaften lehnen das rundweg ab. Sie haben erklärt, daß die Unternehmer infolge der Rationalisierung sehr wohl in der Lage sind, die geforderte Lohnerhöhung zu zahlen. Die Gewerkschaften denken gar nicht daran, den Unternehmern Handlangerdienste zu leisten. Die Meldung der Telegraphen-Union ist Schwindel.

## Es wird nach Leistung bezahlt.

Der Erbauer des Funkturmes erhielt monatlich 255 Mark

Die gestrige Versammlung der Funktionäre des Kfz-Metallartikels, über die wir schon kurz berichteten, nahm zunächst ein sehr instruktives Referat des Kfz-Vorsitzenden, Genossen Aufhäuser, entgegen, über „Die Bedeutung der Wahlen zur Angestelltenversicherung“. Anschließend daran gab Genosse Günther vom Autab den Bericht von den Verhandlungen mit dem Verband Berliner Industrieller und vor dem Schlichtungsausschuß.

Er betonte, daß sich das Kfz-Metallartikels bei der Aufstellung der Forderung auf eine 20prozentige Gehaltserhöhung nicht von der eingetretenen Teuerung leiten ließ, sondern davon, daß die völlig unzureichenden Gehälter, ganz abgesehen von der Teuerung, einer gründlichen Aufbesserung bedürfen. So wurde zum Beispiel den Metallindustriellen vorgehalten, daß es geradezu ein Skandal sei, dem bei der Firma Hein Lehmann u. Co. beschäftigten Konstrukteur und Erbauer des Berliner Funkturmes, der nach der Gruppe T III B mit 255 M. monatlich entlohnt wird, die Eingruppierung in die nächste Gruppe mit 318 M. Monatsgehalt zu verweigern!

Die Metallindustriellen bestritten zwar nicht, daß sie eine bedeutend bessere Konjunktur hätten als vor einem halben Jahre, erklärten jedoch, daß der bessere Beschäftigungsgrad nicht mit einer Rentabilitätssteigerung verbunden sei. Sie stellten in den freien Verhandlungen den eigenartigen Grundgedanken auf, daß man bei der Gehaltsfestsetzung die Verhältnisse des unrentabelsten Betriebes zugrunde legen müsse!

In den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß wurden die altbekannten Klageklagen der Metallindustriellen wiederholt. Trotdem bemerkte der Vorsitzende bei der Verkündung des Schiedsspruches, daß die Gehälter der Angestellten äußerst niedrig seien und eine gute Konjunktur, die die Forderungen der Angestellten rechtfertigt, nicht bestritten werden könne. Genosse Günther betonte, daß trotz der im Schiedsspruch vorgesehene 10prozentige Gehaltserhöhung die Gehälter weiter Elendgehälter bleiben. Das Kfz-Metallartikels hat aber nach eingehender Beratung beschlossen, demnach den Funktionären die Annahme des Schiedsspruches zu empfehlen.

In der Diskussion sprach sich ein großer Teil der Redner für die Ablehnung des Schiedsspruches aus. Seine Annahme erfolgte daher nur mit einer sehr geringen Mehrheit.

## Drohender Kampf in den Wurstfabriken.

Um die Erhöhung der Löhne.

Gezwungen durch die ständig wachsende Teuerung aller Bedarfsgegenstände haben auch die in den Berliner Wurstfabriken beschäftigten Fleischergesellen, das Fahrpersonal und die Hilfsarbeiter die Forderung auf Erhöhung ihrer Löhne stellen müssen. Entsprechend der ständig und rapide sinkenden Kaufkraft ihrer Löhne stellten sie die Forderung, den Stundenlohn des Fleischergesellen auf 1,33 M. zu erhöhen.

Trotdem die Wurstfabrikanten den Wettkampf der Preissteigerungen tüchtig mitmachen — ihre wöchentlich neu erscheinenden Preislisten beweisen es —, verschämen auch sie sich hinter „die allgemeine schlechte Wirtschaftslage“. Hohe Steuern und drückende soziale Abgaben müssen dazu herhalten, um jegliche Erhöhung der Löhne rundweg abzulehnen. Ihre Verdienstspanne beträgt angeblich nur etwas mehr als 1 Proz. In Verhandlungen verweigert man die Begehrlichkeiten und bietet ihnen die Fabriken zum Kauf an; die seit Jahren nur noch Zuschüsse erfordern sollen. Woher sie ihre Substanz, die jetzt offensichtlich zur Offenhaltung der Betriebe dient, haben? Nun, das laufende Publikum weiß es!

Da die Wurstfabrikanten schon jetzt die von ihnen vorgenommenen Preissteigerungen den Konsumenten gegenüber mit einer evtl. Erhöhung der Löhne zu begründen versuchen, muß in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß die Lohnforderung selbst bei restloser Erfüllung keine Preissteigerung für Fleisch- und Wurstwaren nach sich zu ziehen braucht. Bei Umlagerung der Forderung auf die Produktionsmenge und das Produkt würde 1 1/2 Pf. als Belastung für ein Pfund Wurst herauskommen, die durchaus nicht vom Konsumenten, sondern auch mal aus dem Unternehmerrückgewinn getragen werden könnte.

Der Schlichtungsausschuß, der sich am 22. September mit der Angelegenheit befahte, fällt einen Schiedsspruch, der die völlig ungenügende Zulage von 5 Pf. pro Stunde vorschlägt. Am 26. September beschloß sich eine außerordentlich gut besuchte Vollversammlung aller Beteiligten mit dem Schiedsspruch, der nach kurzer Debatte, in der die Empörung über das völlig ablehnende Verhalten der Wurstwarenfabrikanten zum Ausdruck kam, und weil er den wirtschaftlichen Verhältnissen in seiner Weise Rechnung trägt, einstimmig abgelehnt wurde. Die Versammelten bestanden auf restloser Anerkennung ihrer gerechten Forderung. Das zurzeit bestehende Lohnabkommen läuft am 30. September ab. Denken bis dahin die Unternehmer nicht ein, so dürfte es in den Berliner Wurst- und Fleischwarenfabriken zu ernstlichen Konflikten kommen.

## Erfolgreicher Streik.

Der Streik in der Strangfäbrik Schöy u. Sondermann ist am 27. d. M. erfolgreich beendet worden. Die Stundenlöhne wurden in den drei Lohnstufen um je 6 Pf. erhöht. Die Arbeit wurde geschlossen am 28. d. M. wieder aufgenommen. So kämpft eine gut organisierte Arbeiterklasse.

## Gewerkschaftliche Kundgebung im Rheinland.

Eine große gewerkschaftliche Kundgebung, die sich mit dem Arbeitsrecht und der Sozialpolitik im besetzten Gebiet befahte, fand dieser Tage in Koblenz statt. Ueber 1000 Funktionäre nahmen an der Kundgebung teil. Dr. Berger vom Bergarbeiterverband und Dr. Fraenkel von der Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Bad Dürrenberg behandelten die Probleme des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik mit besonderer Berücksichtigung des besetzten Gebietes.

Ein kommunistischer Störungsversuch wurde von dem Leiter der Veranstaltung, Scherber, energisch zurückgewiesen. Die Willensäußerung der Kundgebung wurde in einer Entscheidung zusammengefaßt, in der nach kurzer Skizzierung der sozialen und wirtschaftspolitischen Forderungen der Arbeiterklasse die Funktionäre geloben, mit unermüdlichem Eifer für die Stärkung und den Ausbau der Arbeiterbewegung einzutreten.

## Lohnbewegung in der Stuttgarter Metallindustrie.

Die Stuttgarter Metallarbeiter beauftragten einstimmig ihre örtliche Verbandsleitung, wegen Erhöhung der Löhne und Festsetzung der Mindestlöhne sofort mit dem Industriellenverband in Verbindung zu treten. In den Betrieben sollen alle organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, um eine erfolgreiche Durchführung der Bewegung zu sichern.

## Ründigung des Feuerartikels.

Hamburg, 27. September. (WIZ.)

Die Arbeitsgemeinschaft der seemannischen Angestelltenverbände hat beschlossen, dem Verband Deutscher Reederei die Ründigung des Feuerartikels zum 31. Oktober auszusprechen.

## Die Forderungen der tschechoslowakischen Eisenbahner.

Prag, 27. September. (WIZ.)

Heute erschienen beim Eisenbahnminister Rajman die Vertreter der Exekutivkommission der Eisenbahnerorganisationen. Die Vertreter legten dem Eisenbahnminister ihre Forderungen vom Frühjahr abermals vor. Eisenbahnminister Rajman versprach nach längerer Debatte, diese Forderungen in Erwägung zu ziehen.

## Wirtschaft

Die Textilzölle verteuern.

Die Interessentengruppen der Textilunternehmerrschaft versuchen immer wieder, die Öffentlichkeit zu überzeugen, daß die heute geltenden deutschen Textilzölle keinen Einfluß auf die Inlandspreise ausüben. Diese ständig wiederholte Behauptung hat den Deutschen Textilarbeiterverband veranlaßt, eine Denkschrift über die preisreibende Wirkung der Textilzölle und die Mehrbelastung des einheimischen Verbrauchers zugunsten einer kleinen Interessentenschicht zu veröffentlichen. Wir geben im folgenden einen kurzen Auszug aus der Denkschrift wieder.

Die deutsche Textilindustrie findet ihren stärksten Absatz auf dem inländischen Markt. Während 1913 Großbritannien über die Hälfte und Frankreich etwa ein Drittel seiner Produktion ausfuhrte, betrug Deutschlands Textilexport nur 22,5 Proz. In der Nachkriegszeit hat sich das Verhältnis noch mehr zugunsten des Inlands verschoben, das etwa 85 Proz. der Produktion verbraucht. In der Vorkriegszeit gab es bei der Festsetzung von Zolltarifen erbitterte Kämpfe zwischen den deutschen Spinnereien und Webereifabrikanten. Gelang es den Spinnern, einen Einfluß zu erlangen, so wurden die Weber mit den überlegten Aufgaben belastet, die für sie zerrührend wirkten. In der Nachkriegszeit hat sich durch Verschmelzungen von Unternehmen der Typ des Spinnwebers herausgebildet, der nun auch für Garn- und Gewebzölle eintritt. Ausgesprochene Zollgegner findet man bei den Textilunternehmern nur in der Konfektionsindustrie, die die zur Verarbeitung gelangenden Halbfabrikate durch den Garn- und Gewebzölle doppelt belastet erhalten, so daß ihr Wettbewerb im Ausland und gegen das Ausland sehr erschwert ist.

Der Inlandsbedarf an Baumwollgarnen betrug rund 408 Millionen Kilo vor dem Kriege, von denen etwa 97 Proz. im Inland erzeugt wurden. Während die Ausfuhr von 1912 bis 1925 von 13,6 auf 5,5 Millionen Kilo zurückging, stieg die Einfuhr von 27,6 auf 62,3 Millionen Kilo, ein Zeichen für den verstärkten Inlandsbedarf. Die preisreibende Wirkung der Schutzzölle auf Baumwollgarnen geht aus folgender Gegenüberstellung hervor. Während das Kilo Baumwolle seit 1914 um 52 Proz. im Preise stieg, steht die verarbeitende Rohwolle 123 Proz. über dem Vorkriegspreis. Die Preisdifferenz zwischen der Rohbaumwolle und der Kessel betrug 1914 rund 55 Pf., 1925 dagegen 2,85 M., also 235 Proz. über dem Friedenspreis. Mehrfach liegen die Dinge bei den Gewebzöllen. Es wurden 1913 etwa 365 Millionen Kilo Baumwollwaren erzeugt und etwa 74 Millionen Kilo eingeführt. Die Ausfuhr belief sich auf 40,6 Millionen Kilo. Bis auf die feineren Gewebe produzierte Deutschland also weit über seinen eigenen Bedarf.

Das hat sich durch den Ausfall des eisfälischen Produktionsgebietes von Grund auf geändert. Das Elbfeld lieferte rund ein Drittel der gesamten deutschen Produktion von Kattun und Feingewebe, so daß mit dem Verlust des Elbfelds eine empfindliche Warenknappheit einsetzte. Trotdem wurde seit 1925 billiger Kattun, der hauptsächlich für die ärmere Bevölkerung in Betracht kommt, mit 18 Proz. seines Wertes verzußt, Feingewebe sogar mit 30 Proz. Die deutschen Gewebzölle hatten 1926 bereits zur Folge, daß Baumwollgewebe deutscher Herkunft im Durchschnitt 20 bis 27 Proz. über den ausländischen Gewebepreise lagen. Verteuernd wirkten in diesem Zusammenhang auch die Preisermäßigungen der Verbände, die mit ihren Mitgliedsfirmen in täglichem Austausch über Verkäufe und Preisfestsetzungen stehen. Die Zollbelastung der eingeführten Wollstoffe, die zwischen 15 bis 20 Proz. des Wertes schwankt, ist gleichfalls enorm.

Die Denkschrift des Textilarbeiterverbandes, die viel beachtenswertes Material enthält, ist mit ihren ziffernmäßigen Nachweisen um so wertvoller, als die Scharfmacher gegen einen deutsch-französischen Handelsvertrag hauptsächlich in den Reihen der Textilindustriellen saßen. Sie arbeiten heute auch am schärfsten gegen die Senkung der Zölle. Auch bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Polen und der Tschechoslowakei werden die Textilzölle eine wichtige Rolle spielen.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Gietner; Redaktion: Dr. John Schütz; Verlags- und Druckerei: Paul Kersch; Anzeigen: H. G. Berlin; Druck: Paul Kersch; Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

**Zum Kampf gegen das Reichsschulgesetz**

Empfehlen wir

**Kinderschule oder Volksschule**

Kartennr. 1 Mark

**Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes**

Kartennr. 2,50 Mark

Zu beziehen durch:

H. Bähr, D. B. Dieckhoff, G. M. B. S., Lindenstr. 5 und allen Ausgabestellen des „Vorwärts“.

Zuverlässige billige und

**gute Stiefel**

gibt bei

**H. Bähr**

Berlin, Spittelmarkt 7

**Metallbetten 10<sup>50</sup>**

**Schlafchaiselongues 24.-**

Püschsofas 30 M., Ratenzahlung

**Göhr Berlin, Pappelallee 12**

**Göhr Pankow, Schmidtstr. 1**

frei jeder Bahnstation.

**Industrie- und Handelskammer zu Berlin**

Kaufmännische Schulen

Ausbildung für jeden kaufmännischen Beruf in Handelsschulen mit geschlossenen Lehrgängen in Jahres- und Zwei-Jahres-Kursen sowie in einzelnen kaufmännischen Fächern.

Auskunft und Prospekte

**Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 53-56 11**

**Norderney**

in Sommer und Winter

**das fahrende deutsche Nordseebad**

Auskunft Badeverwaltung und Reisebureaus

**Bevor Sie Tapeten kaufen!**

müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma

**Tapeten-Stahlke**

Lindower Straße 5

im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.

4 Schaulustiger lichtbeständige Tapeten mit billigen Engrospreisen überzeugen.

Durch wagnisweisen Engrosverkauf 40% Ersparnis! — Der waltlose Weg lohnt!

**Fleisch- und Wurstwaren-Verkauf**

Billig und gut **Thaerstr. 40** Billig und gut

geöffnet von 8-3 Uhr, Freitags und Sonnabends 8-7 Uhr

**Schönhäuser Allee 33** geöffnet von 8-1, 4-7 Uhr

Garantieren Sie stets

Patent-Ketten-Matratze

mit Stempel Original-„Befema“ sowie



Ruhebetten mit verzinnter Befema-Feder ohne Bindfaden. Für schwerste Belastung. Kein Einleigen. 20 Jahre Garantie. Geuerall erhältlich.

Berliner Feder-Matratzen-Fabrik

Berlin O. 27, Krautstraße 4-5

**Ohne Anzahlung**

**Camparzellen** Clubenberg

am 0,80-1,00 M., monatlich 20.-

Wagnisverkauf Gein, Berlin, Köpenicker Str. 38